

**12. Juni 1902** - Australische Frauen haben erstmals das Recht, in das Repräsentantenhaus und den Senat gewählt zu werden.

**17. Juni 1925** - Das Genfer Protokoll zur Ächtung von chemischen und biologischen Waffen tritt in Kraft

**10. Juni 1942** - Vernichtung des tschechischen Dorfes Lidice und seiner erwachsenen Einwohner durch den Nazi-Terror

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

11. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

12. Juni 2012

## „Letztlich geht es auch um solides Handwerk“

Die Mitteldeutsche Zeitung lud zum OB-Wahlforum im Audimax ein. Das Audimax am halleschen Uni-platz war voll besetzt und ein Fazit des OB-Wahlforums der Mitteldeutschen Zeitung könnte in etwa so lauten: Die Lokalpresse schnappte sich zuerst die aussichtsreichsten Kandidaten, Swen Knöchel unterstrich, dass er dazu gehört und Bernd Wiegand (parteilos) und Bernard Bönisch (CDU) beharkten sich. Jedenfalls wurde es nicht langweilig und auch Kay Senius (SPD) funktionierte gewohnt präzise wie ein Schweizer Uhrwerk. Quer durch den thematischen Gemüsegarten hatten der Chefredakteur der MZ, Hartmut Augustin, der hallesche Lokalchef Gert Glowinski und das Publikum im Audimax den Anwärtern für das Amt des Oberbürgermeisters auf den Zahn gefühlt.

Halles Haushaltsdefizit und Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung sollten die Runde genauso beschäftigen, wie Fragen nach einem grüneren Marktplatz oder der Zukunft der Opern- und Theaterlandschaft in Halle. Wie wollen die OB-Kandidaten zudem Arbeits-

plätze in die Stadt holen? Sicher sind die meisten Fragen nicht mehr unbeantwortet mit steigender Frequenz der Wahlforen. Der Arbeitsmarkt bleibt jedoch ein wichtiges Thema, bei dem es angesichts von 17.000 Menschen in Halle, die arbeiten und dennoch Hartz IV beziehen, vor allem um gute Arbeitsplätze ohne Niedriglöhne gehen muss, so Swen Knöchel.

Den Markt würde der OB-Kandidat der LINKEN jedenfalls nicht in einen Stadtpark verwandeln wollen – dann doch lieber Pflanzkübel, so genanntes „mobiles Grün“. Dem Haushaltsdefizit muss man hingegen nicht mit sinnfreien Sparvorschlägen zu Leibe rücken, vielleicht vielmehr mit einem Blick für das Einnahmeproblem der Stadt, wie Swen Knöchel meinte. Gewerbesteuern sich ansiedelnder Unternehmen könnten etwa Mehreinnahmen in Halles Stadtkasse spülen. Beim Land müsse man zudem die finanziellen Mittel einfordern, die der Stadt entsprechend ihrer Aufgaben als Kommune zustehen. „Letztlich geht es auch um solides Handwerk. Aufgaben und Haushaltsposten müssen regelmä-

ßig hinterfragt und weiterentwickelt werden“, sagte Swen Knöchel.

„Halle ist Halle (Saale) und nicht nur Händelstadt“, so der OB-Kandidat der LINKEN. Das passte auch ganz gut zum Thema Kulturlandschaft, wo sich etwa die Frage nach der Zukunft eines Kinder- und Jugendtheaters in Halle förmlich aufdrängt. Mit dem Erhalt des Kinder- und Jugendtheaters gehe es schlichtweg um die Frage des Zugangs zu Kultur, sagte Swen Knöchel. Ein künftiges Gesamtkonzept für die Stadt wolle er als Oberbürgermeister gemeinsam mit den Kunst- und Kulturschaffenden in den Einrichtungen entwickeln. Der Themen kamen noch reichlich mehr auf den Tisch, auch ein paar Fragen zur persönlichen Amtsführung. Man müsse etwa Fehler reflektieren und damit umgehen, um sie nicht ein weiteres Mal zu wiederholen. „Halle hat was, vor allem Hallenser, die nett sind“, meint Swen Knöchel auf die Frage, warum er gern in der Stadt lebt. Er muss es wissen. Hier ist er vor 38 Jahren geboren, aufgewachsen und geblieben. KM

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 30.05.2012

Interessantes kam diesmal aus der Bürgerfragestunde des Stadtrates: Die Bürgerinitiative, die sich gegen die Umbenennung der Philipp-Müller-Straße in Willy-Brandt-Straße wehrt, meldete sich zu Wort! Sie bemängelte die ungenügende Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohner in diesen Prozess, vor allem aber auch die hohen Kosten, die aus der Umbenennung für die Unternehmen, die in der Straße angesiedelt sind, entstehen. Auch Vertreter der Parkeisenbahn traten an das Mikrofon und bemängelten, dass sie aus der Zeitung erfahren haben, dass ihr Bürgerantrag keinen Wert hat, weil Geburtsdaten bei den vielen Unterschriften zum Erhalt der Bahn fehlen.

Zum nächsten Stadtrat muss und wird der Bürgerantrag als solches aber behandelt werden müssen, weil nur der Stadtrat darüber zu befinden hat.

Auf der Tagesordnung stand der Widerspruch der Oberbürgermeisterin gegen den Beschluss des Stadtrates vom 25.04.2012 zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Bedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt. Dieser Antrag der OB fand aber keine Mehrheit, auch wir hielten am Beschluss fest! Nun wird die OB sicher weitere Maßnahmen gegen den Beschluss forcieren!

Der Wirtschaftsplan 2012/13 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wurde mehrheitlich

angenommen. Ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der beinhaltete, dass die Stadtverwaltung für den Zeitraum bis zum Jahr 2020 für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle Entwicklungsszenarien für den Zeitraum bis zum Jahr 2020 sowie deren künstlerische, organisatorische und finanzielle Konsequenzen prüfen zu lassen und dem Stadtrat die Handlungsoptionen bis zum Dezember 2012 vorzulegen, wurde zwar durch unsere Fraktion unterstützt, fand aber insgesamt keine Mehrheit!

Ohne Probleme wurde dem Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan „Gewerbegebiet Grenzstraße – Europachaussee (HES)“ zugestimmt. Ebenso wurde der Abwägungsbeschluss – Bebauungsplan „Kaserne Lettin“ bestätigt. Zugestimmt wurde auch der Vorlage „Fördervereinbarung zur Entwicklungsmaßnahme zwischen der Stadt Halle (Saale) und der SALEG in Heide-Süd“. Hinter diesen „sperigen“ Titel der Vorlage verbirgt sich der Neubau einer Kindertagesstätte im Gebiet Heide-Süd.

Der Antrag unserer Fraktion zum Anbringen einer Gedenktafel wurde in den Kulturausschuss verwiesen. Unser Antrag beinhaltet, dass die Gedenktafel, die im Stadthaus bis vor der Renovierung angebracht war, dort wieder aufgestellt wird. Auf der Gedenktafel sind Stadtverordnete von SPD und KPD benannt, die im Kampf gegen Fa-

schismus zwischen 1933 und 1945 ihr Leben lassen mussten. Widerstand gegen die Wiederanbringung der Tafel gab es vor allem durch die SPD-Fraktion. Sie verwies auf neueste Erkenntnisse, die beweisen würden, dass es weitere Stadtverordnete aus dieser Zeit gäbe, die zu ehren wären. Nun wird sich der Kulturausschuss mit dem Antrag beschäftigen!

Der Antrag unserer Fraktion zur Festlegung von Kriterien für die Erhaltung von historisch wertvollen Grabmalen wurde ebenfalls in den Kulturausschuss verwiesen. Wir möchten mit diesem Antrag verhindern, dass wertvolle Grabmale vorschnell „entsorgt“ werden können.

Ebenfalls, aber in den Planungsausschuss, wurde der Antrag unserer Fraktion zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlichen Auslegung von Entwürfen von Bebauungsplänen im Internet, verwiesen.

Angenommen wurde der Antrag zur Unterstützung privater Baumpflanzaktionen auf dem Gebiet der Stadt Halle. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger unterstützen, wenn sie an geeigneten Stellen Bäume anpflanzen möchten und damit einen wertvollen Beitrag für die Stadt Halle leisten!

Und unser Antrag zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation wurde in den Bildungs- und Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Ute Haupt, Stadträtin

## Einen „halleschen Weg“ gehen

**Swen Knöchel war mit seinen Konkurrenten um das Amt des Oberbürgermeisters bei der Bürgerinitiative Paulusviertel zu Gast**

„Eine Podiumsdiskussion wird es nicht geben. Es ist ätzend und langweilig, wenn alle Kandidaten auf eine Frage antworten müssen“, meinte Hanna Haupt. Beim Wahlforum der Bürgerinitiative Paulusviertel blieb es dann auch bei einer kurzen Vorstellungsrunde, um gleich das Publikum in der Aula der Grundschule „Albrecht Dürer“ mit Fragen an die Anwärter für das Amt des Oberbürgermeisters zum Zuge kommen zu lassen.

Swen Knöchel nahm derweil gern in Kauf, dass Bernard Bönisch (CDU) ihm vorwarf, Parolen nachzuhängen, um im Wahlkampf Effekte zu haschen. Da war man beim Thema Hallescher Hafen angekommen, den der OB-Kandidat der LINKEN in seiner jetzigen Kapazität für nicht mehr haltbar hält.

Sei es drum, es gab auch noch reichlich andere Themen, wo sich Bernard Bönisch dann nicht mehr so aufregen musste. Was man von Swen Knöchel ganz grundlegend erwarten kann, hatte er bereits in der Vorstellungsrunde klar gemacht: Soziale Gerechtigkeit für Halles Bevölkerung und weg von der Denkweise „Sag mir wo du wohnst und ich sag dir, welches Einkommen du hast“. „Deshalb engagiere ich mich in der Politik und deshalb bin ich bei der LINKEN“, sagte er.

Auf jeden Fall will Swen Knöchel als Oberbürgermeister einen „halleschen Weg“ gehen, denn irgendwann kam auch die Frage, welche Stadt die Kandidaten denn als Vorbild sehen würden. Zu seinem halleschen Weg gehört eine



gute Einkommensentwicklung genauso dazu, wie die Förderung des Breiten-, Kinder- und Jugendsports. Das derzeitige Verhältnis von Stadt und Sportvereinen sei eine „Baustelle, die man sich vornehmen muss“. Eine gute Einkommensentwicklung in Halle sei derweil ein langfristiger Weg, für den die Stadt ihre Potentiale als Wirtschafts- und Forschungsstandort nutzen muss.

Statt weitere Investitionen in den halleschen Hafen zu stecken, plädierte der OB-Kandidat der LINKEN für einen Ausbau des Tourismus auf und an der Saale.

Zudem brauche es ein gut aufgestelltes Stadtmarketing, um Halles Kultureinrichtungen, über die teils noch zu wenig gesprochen wird, auch über die Stadtgrenzen hinaus bekannter zu machen.

Das Thema Bildung und Bildungsgerechtigkeit wird auf Swen Knöchels Agenda mit Sicherheit ganz oben bleiben. Genauso wie Transparenz, die er auch walten lassen wird, wenn er als Oberbürgermeister etwa leichte Umstrukturierungen in den Zuständigkeiten der Verwaltung vornehmen würde. „Aber da muss man nichts übers Knie brechen“, sagte er.

## Unterstützung für Birke Bull

**Neuwahl des Landesvorsitzes in Sachsen-Anhalt**

Wir gratulieren Matthias Höhn zu seiner Wahl als Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE. In Folge dessen hat er am 6. Juni 2012 seinen Rücktritt vom Landesvorsitz erklärt. Der Landesverband ist dankbar für sieben Jahre erfolgreiche Arbeit und positive Bilanz.

Für die Nachfolge im Landesvorsitz kandidiert Birke Bull. Der Landesvorstand und die Kreis- und Stadtvorsitzenden haben dies in der gemeinsamen Sitzung am 6. Juni 2012 begrüßt und unterstützen die Kandidatur einstimmig.

Neu gewählt werden soll auf einem Außerordentlichen Parteitag noch vor der Sommerpause.



## Wahlinformation - Briefwahl

Wer am Wahlsonntag verhindert ist, seine Stimme direkt im Wahllokal abzugeben, kann bei der Stadt Halle (Saale) Briefwahlunterlagen beantragen. Dazu kann der auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigungskarte aufgedruckte Antrag genutzt werden.

Die Wahlbenachrichtigungskarten werden bis zum 6. Juni 2012 verschickt. Ab diesem Tag ist es auch möglich, die Briefwahlunterlagen per Internet unter [wahlen.halle.de](http://wahlen.halle.de) oder per E-Mail:

[briefwahlbuero@halle.de](mailto:briefwahlbuero@halle.de) zu beantragen.

Das Erfassungsformular unter [wahlen.halle.de](http://wahlen.halle.de) ist mit den Angaben der eigenen Wahlbenachrichtigungskarte auszufüllen.

Bei der Antragstellung per E-Mail sind folgende Daten anzugeben:

Name, Vorname, Tag der Geburt, Anschrift, Wahlbezirk, Wählernummer und die Anschrift, an die die Briefwahlunterlagen geschickt werden sollen.

Das Briefwahlbüro wird im Rathaus, Marktplatz 1, und Am Stadion 6 vom 14. Juni 2012 bis 29. Juni 2012 und ggf. für die Stichwahl vom 5. Juli 2012 bis zum 13. Juli 2012 zu den auf dieser Seite angegebenen Zeiten geöffnet sein.

Nach Prüfung der Angaben und Bearbeitung des Antrages werden dann Wahlschein und Briefwahlunterlagen zugestellt.

Der Wahlbrief mit dem sich im verschlossenen Wahlumschlag befindenden Stimmzettel und dem unterschriebenen Wahlschein wird vom Wähler an die auf dem Wahlbriefumschlag angegebene Adresse gesandt.

Dort muss er spätestens am Wahl-

tag (1. Juli 2012/Stichwahl am 15. Juli 2012) bis 18 Uhr eingegangen sein. Der Wahlbrief kann auch im Briefwahlbüro abgegeben werden. Briefwahlunterlagen sind nicht im Wahllokal abzugeben. Wer kurzfristig an der Wahlausführung z. B. durch Krankheit verhindert ist, kann bis zum Wahltag am Sonntag, dem 1. Juli 2012 / bzw. 15. Juli 2012, 15 Uhr beim Wahlamt der Stadt Halle (Saale) im Amt für Bürgerservice, Ecke Marktplatz 1 / Gustav-Anlauf-Str. die Briefwahlunterlagen beantragen.

Dazu kann der Bürger eine Ver-

trauensperson mit einer Vollmacht ausstatten. Bis 18 Uhr muss der verschlossene Wahlumschlag mit den Briefwahlunterlagen wieder im Wahlamt vorliegen.

[Quelle: <http://www.halle.de/de/Rathaus-Stadtrat/Statistik-Wahlen/Wahlen/OB-Wahl-2012/Briefwahl/>]

Liebe Genossinnen und Genossen, bitte gebt die Info weiter und unterstützt gegebenenfalls Genossinnen und Genossen bei der Wahrnehmung ihres demokratischen Wahlrechts. Briefwahl ist auch direkt beim Bürgerservice möglich.

### Die Würde des Menschen ist unantastbar (Art.1 Abs.1 GG)

Unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ haben die vier rechtspolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen von CDU, LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen für den 8. Juni 2012 eine Kundgebung in Insel (Altmark) angemeldet. Im Vorfeld hatte bereits die NPD zu einer Demonstration am selben Tag aufgerufen. Insel ist inzwischen ein bundesweit bekannter Ort, der bedauerlicherweise vor allem mit den Protesten gegen zwei dort lebende Bürger hohen Bekanntheitsgrad erreicht hat. Was musste geschehen, dass Menschen eines Dorfes nur noch ein Ziel verfolgen: Die Vertreibung anderer Menschen aus dem gemeinsamen Dorf? Stehen sich in Insel tatsächlich verschiedene Grundrechte gegenüber, die lediglich gegeneinander abgewogen müssten?

Ganz klar ist festzustellen, dass die beiden früheren Strafgefangenen ein Recht auf freie Wohnortwahl haben. Ganz klar ist auch, dass jeder Bürger, jede Bürgerin in Deutschland das hohe Gut der Demonstrationenfreiheit für sich in Anspruch nehmen kann. Doch diese Freiheit endet, wenn menschenverachtende bzw. menschenverletzende Parolen propagiert werden. Darunter fällt das „Vertreiben von Menschen“. Diesem Vorwurf muss sich auch die BILD-Zeitung stellen, die mit ihrem Agieren in Sachsen bewusst oder unbewusst das Geschäft der Nazis unterstützt hat.

Bereits Rosa Luxemburg stellte sinngemäß fest, dass die Freiheit des Einzelnen da aufhört, wo die Freiheit des Anderen anfängt. Dieser Ausspruch ist nach wie vor aktuell; auch bei der Anwendung von Grundrechten. Daher begrüße ich sehr, dass am 8. Juni alle im Parlament vertretenen Parteien sich gemeinsam zum Grundgesetz bekennen und in Insel für Menschenrechte Gesicht zeigen.

Eva von Angern (Rechtspolitische Sprecherin)

## Grundrechte gelten für alle

### Erklärung des Landesvorstandes zur Eskalation in Insel:

Jede Bürgerin, jeder Bürger hat das Recht auf freie Wohnortwahl. Seit fast einem Jahr will ein Teil der Einwohnerinnen und Einwohner des kleinen Ortes Insel den Zuzug von zwei Männern nicht akzeptieren. Schnell wurde die Forderung nach Wegzug auch durch Nazis übernommen, die sich ihrerseits an den anhaltenden Protesten beteiligten.

Der Tiefpunkt nach wochenlangen Kundgebungen, Störungen und Schmähungen wurde am Freitag letzter Woche erreicht, als Demonstranten versuchten, das Wohnhaus zu stürmen. Einer der beiden Männer hatte versucht, in Chemnitz Wohnung und Arbeit zu finden. Er wurde in kürzester Zeit verantwortungslos durch eine Boulevardzeitung geoutet. Nach durch die NPD organisierten Demonstrationen in Chemnitz war er wieder nach Insel zurückgekehrt. Nun wird weiter versucht, die beiden Männer dort zu vertreiben.

Wer nirgendwo akzeptiert wird, dem wird mehr als das Recht auf freie Wohnortwahl abgesprochen. Wer keine Lebensperspektive finden soll, dem wird das Lebensrecht abgesprochen. Zum Rechtsstaat und zum Grundgesetz gibt es keine Alternative. Auch die Landesregierung hat falsche Signale gesendet, indem sie einen Wegzug der Männer angekündigt und forciert hat. Der Ortsbürgermeister hatte sich gar an die Spitze des Protestes gesetzt.

Die Ereignisse in Insel sind mehr als der Versuch, vermeintliches Recht in die eigene Hand zu nehmen. Es ist ein archaischer Umgang mit Minderheiten und ein irrationaler Umgang mit Bedrohungen innerhalb des gesellschaftlichen Miteinanders. Es gibt keinen umfassenden Schutz vor Verbrechen und Gewalt. Die Todesstrafe, die u. a. in den verschiedenen Kampagnen der NPD oder rechter Gruppen gefordert wird, ist ein populistisches Ventil, mit dem die Nazis Anschluss an die Bevölkerung suchen.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich an der durch den Landtag initiierten Demonstration „Die Menschenwürde ist unantastbar“ am 8. Juni 2012 in Insel breit beteiligen. Die LINKE. Sachsen-Anhalt erklärt unmissverständlich: Grund- und Bürgerrechte müssen für alle gelten. Es gibt nur eine akzeptable Lösung der Situation in Insel. Beide Männer bleiben und leben in Insel.

## Staatliche Leistungen an die Kirchen?!

Vortrag und Diskussion

mit **Dr. Carsten Frerk**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e. V.

**28.06.2012 Beginn 18:00 Uhr**

Obwohl die beiden großen christlichen Kirchen heute weniger als zwei Drittel der Bevölkerung organisieren, werden viele ihrer Belange durch die öffentliche Hand finanziert. Und das betrifft keineswegs nur Krankenhäuser oder Sozialstationen, die von der Allgemeinheit in Anspruch genommen werden können. Ob Bischofsgehälter, die Ausbildung kirchlichen Personals oder Missionswerke - konfessionslose und andersgläubige Bürgerinnen und Bürger zahlen kräftig mit.

Carsten Frerk gibt einen systematischen Überblick, zu welchen Gelegenheiten der Staat von den Kirchen zur Kasse gebeten wird. Er problematisiert versteckte Subventionen wie die steuerliche Absetzbarkeit der Kirchensteuer, erläutert die rechtliche und historische Fragwürdigkeit der sogenannten Staatsleistungen und stellt die Frage, warum die Allgemeinheit soziale Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft bezuschusst, obwohl dort die Arbeitnehmerrechte weitgehend außer Kraft gesetzt sind.

Dabei geht es nicht um Kleinigkeiten: Die Zuwendungen der öffentlichen Hand an die Kirchen übersteigen deren Einnahmen aus der Kirchensteuer bei Weitem. Und da die Kirchen steuerbefreit sind, tragen sie nichts zur Finanzierung der gesellschaftlichen Infrastruktur bei, von der sie profitieren.

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,  
Melanchthonianum, HSA, 06100 Halle, Uniplatz  
KONTAKT

RLS REGIONALBÜRO Halle, Blumenstr. 16,  
06108 Halle, TEL/Fax: 0345-2025594

email: [gs-halle@rosaluxsa.de](mailto:gs-halle@rosaluxsa.de)

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG Sachsen-Anhalt

## 20 Jahre Pfingsten mit der Partei DIE LINKE

von Ilona Iffarth, BO Wettin-Löbejün

Das war wieder ein unvergessliches Erlebnis für die 1000 Teilnehmer des Pfingsttreffens am Werbellinsee. Hier tummelten sich Parteimitglieder und Sympathisanten mit ihren Familien in „... Sommer, Sonne und Sozialismus“ (Petra Pau).

Wir erlebten Pfingsten mit Politikerinnen und Politikern wie Kerstin Kaiser und Volker Schönburg aus Brandenburg, Petra Pau im Gespräch mit André Hermlin, Helmut Scholz (MdEP), Halina Wawzyniak und Raju Sharma, Jan Korte und Kerstin Steinke u. v. a. m.

Für Interessierte kam die Muse nicht zu kurz: Lesungen auf der Kulturbühne mit Ernst Röhl und Mathias Wedel trafen ihren Nerv. Der Liedermacher Reinhold Andert, uns noch vom Oktoberklub bekannt, sorgte ebenfalls für Stimmung.

Barbara Thalheim und Band sprach uns alle an. Ebenso das Brechtprogramm von und mit Dieter Dehm im Politzelt.

Für Sport und Spiel war gesorgt. Die Fußballmannschaft aus Sachsen-Anhalt ging wieder einmal aus dem Turnier mit 7 Mannschaften als Sieger hervor.

Neptun schickte seinen „Gesandten“ und erfreute die Kinder und deren Eltern. Das verdanken wir dem Kinderverein „Ottokar“, der auch andere Beschäftigungen für die Kinder, wie Quiz, Basteln, Spiel und Sport, initiierte.

Zum Tanzen luden abends die Gruppen „Karussell“ und „Emma“ sowie DJ Ecco in die Sporthalle ein.

Fazit – es war ein gelungenes



Familienfest für Groß und Klein. Selbst unser Landesschatzmeister Achim Bittrich war zugegen. Wollte er sich doch davon überzeugen, wie die 3.000 • Zuschuss aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt ausgegeben werden.

Zuversichtlich denke ich an „Pfing-

sten mit DIE LINKE 2013“ und hoffe, dass unser Landesverband noch zahlreicher daran teilnehmen wird.

Die Genossin Ilona Iffarth arbeitet seit 2011 in der AG Pfingsten beim Bundesvorstand mit.

Der Basisverband Halle-Nord und der Stadtvorstand trauern um

### Helga Jahrmarkt

Als langjährige BO-Vorsitzende und Mitglied des Sprecherrates ist sie bis zum Schluss engagiert gewesen.

Warmherzigkeit und Güte zeichneten Helga aus - sie wird uns sehr fehlen.

Der Basisverband Halle-Neustadt Nord und der Stadtvorstand trauern um

### Heinz Stolfa

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau Roswitha und Familie.

Wir werden ihn in ehrender Erinnerung behalten.

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tändig  
Auflage: 650 Exemplare

#### Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
07.06.2012  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 21.06.2012

**Swen Knöchel:  
Wählen lohnt  
sich. Für Halle.**  
**DIE LINKE.**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Liebe Freundinnen und Freunde,

das Wahlbüro des Stadtverbandes bedankt sich bei allen UnterstützerInnen aus dem Stadtverband und dem Umland für den großartigen Einsatz beim Plakatieren. Am vergangenen Freitag konnten wir über 1000 Plakate unseres Oberbürgermeisterkandidaten im Stadtbild von Halle platzieren.

Jetzt gehen wir in die letzte heiße Phase unseres Wahlkampfes und laden Euch ein, Swen Knöchel aktiv beim Endspurt zu unterstützen.

Eine Übersicht der geplanten Infostände findet ihr in der Beilage des heutigen „Linken Blatt“, wir freuen uns, mit Dir und den Hallenserinnen und Hallensern an den Informationsständen ins Gespräch zu kommen.

In der letzten Woche vor dem Wahltag gilt es, unseren Wahlauf Ruf in Form einer Postkarte an die halleschen Haushalte zu verteilen, hier brauchen wir deine Unterstützung. Sprich mit den Genossinnen und Genossen deiner Basisgruppe, wo ihr euch aktiv bei der Verteilung in euren Wohngebieten einbringen könnt. Die Geschäftsstelle in der Blumenstraße hilft euch gern bei der Planung.

In Gesprächen mit deinen Nachbarn, Arbeitskollegen, Gartenfreunden und in den Vereinen weißt bitte darauf hin, dass es wichtig ist, sich an der Oberbürgermeisterwahl zu beteiligen und wählen zu gehen. Es besteht auch in diesem Jahr die Möglichkeit, ab dem 14. Juni an der Briefwahl teilzunehmen.

Am 1. Juli erst wählen gehen und dann ab 18:00 Uhr den Wahlausgang gemeinsam in „Strieses Biertunnel“ verfolgen!

## Unser OB-Kandidat Swen Knöchel unterwegs



- 12. Juni** 18 Uhr, Wahlforum, Ulrichskirche
- 15. Juni** 12:30 Uhr Gesprächsrunde mit Labyrinth e.V., Hallorenstraße 31 a
- 16./17. Juni** Wohngebietsfest „Am Rattenschlößchen“
- 19. Juni** 18 – 19:30 Uhr, OB-Forum Weiberwirtschaft, Karl-Liebknecht-Straße
- 21. Juni** 13:15 – 15:30 Uhr, Einladung von Mirko Bischoff (Sozialkundelehrer Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium) Unterrichtseinheit zur Bildungspolitik
- 26. Juni** 18 Uhr, Informationsveranstaltung zur OB-Wahl, Burg Giebichenstein, Kunsthochschule, Neuwerk 7

